

„Demokratie ist die erträglichere Form der staatlichen Herrschaft“



Fotos: Sabine Schwaighofer

Der Kampf um Demokratie, um Minderheiten- und Menschenrechte lässt sich geografisch schwer eingrenzen, insbesondere nicht für Aktivistinnen und Aktivisten mit Migrationsbiografien. Cornelia Kogoj sprach mit Zoraida Nieto, Maynat Kurbanova und Hakan Gürses über das Spannungsverhältnis zwischen ihrem transnationalen politischen Engagement und ihrem Demokratieverständnis, über den migrationsbedingten Perspektivenwechsel von Mehrheit zur Minderheit und über die politische Verantwortung für das Herkunftsland.

[Hakan, du bist als Student nach dem Militärputsch in der Türkei im Jahr 1980 nach Wien gekommen. Seit du in Österreich bist, setzt du dich hier für Minderheitenrechte ein. Gab es ein auslösendes Moment, dass du dich nun wieder verstärkt für Menschenrechte in der Türkei engagierst und welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang „dein“ Demokratiebegriff?](#)

Hakan Gürses: Wir haben damals unsere Anstrengungen in der Türkei –

ich war ein 16-jähriger Schüler – nicht in erster Linie als Kampf für Demokratie und Menschenrechte verstanden. Wir verstanden uns als Revolutionäre, die für eine bessere Gesellschaft kämpfen. Natürlich waren Menschenrechte und Demokratie Teil des Ganzen. Denn wir haben auch bald gemerkt, dass jeder Schritt, der in Richtung Demokratisierung geht, in unserem Sinne war.

Aufgrund meiner politischen Arbeit bin ich während meiner Schulzeit mehrmals festgenommen worden.

Nach dem Putsch habe ich mich entschlossen, die Türkei zu verlassen.

Retrospektiv betrachtet, war das Ganze natürlich ein Kampf für die Menschenrechte, vor allem für die Grundrechte wie Meinungsfreiheit etc. Das heißt, einen Bruch in meinem politischen Engagement gibt es nicht wirklich. Denn ich habe mich immer dafür interessiert, was in der Türkei passiert. Vielleicht etwas weniger in den 1990er Jahren. Da war die Lage dermaßen schlimm. Kurden haben

sich auf der Straße für ihre Rechte verbrannt. Und die meisten Türken – auch in meinen linken Kreisen – haben gemeint, diese Aktionen seien nationalistisch motiviert. Das ging mir sehr nahe. Und ich habe dann irgendwann mal eingesehen, dass ich mit den meisten meiner ehemaligen Genossen und Genossinnen nicht darüber diskutieren kann. Deshalb hatte ich in dieser Zeit wenig Zugang zur Türkei. In den 2000er Jahren wurde mein Interesse wieder größer.

Ja, und dann kam die Gezi-Bewegung und wir hatten wieder Hoffnung. Denn auch manche Leute, die heute in der Regierung sind, haben beim 1980er Putsch ein paar „Ohrfeigen“ bekommen und daher später begonnen, demokratische Maßnahmen einzuleiten und die große Kraft des Militärs ein wenig abzuschwächen. In jedem Land gibt es dualistische Positionen. Und wir, diejenigen, die für Demokratie und Menschenrechte und gegen Nationalismus kämpfen, geraten als dritte Kraft unter die Räder. Das ist meistens so. In der Türkei kämpfen die Islamisten gegen die Atatürk-Anhänger, und wir werden zerrieben.

Ich bin dann relativ früh von der marxistisch geprägten „Weltanschauung“ abgekommen. Ich bezeichne mich aber immer noch als links. Demokratie und Menschenrechte sind sehr wichtige Themen für mich, obwohl ich die Demokratie eher als die erträglichere Form der staatlichen Herrschaft ansehe. Ich würde Demokratie nicht so überhöhen, wie es derzeit passiert, und sie als Ersatz für jegliche Art von Politik sehen. Denn Politik ist viel mehr als Demokratie.

[Maynat, du warst Kriegsberichterstatterin in Tschetschenien und musstest von dort fliehen. Du arbeitest heute u. a. mit im Krieg traumatisierten tschetschenischen Burschen in der Jugendstrafanstalt in Gerasdorf und als freie Journalistin und Autorin. Ist der Begriff Demokratie im Kontext der beiden Kriege in Tschetschenien \(1994 bis 1996 und 1999 bis 2009, Anm.\) nicht sehr abstrakt bzw. geradezu zynisch?](#)

Maynat Kurbanova: Ja, es ist zynisch in dem Sinne, dass der Begriff

Demokratie für Volksgruppen, also für kleinere Gruppen wie unsere, mittlerweile eine andere Bedeutung hat. Wir haben jahrzehntlang in dem Gefängnis Sowjetunion gelebt und als junge Menschen zu Demokratie und Menschenrechten aufgeschaut und diese auch idealisiert. Wir haben gedacht, hinter der Grenze, hinter den Mauern ist eine heile Welt, in der alle gleich sind. Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der tschetschenischen Unabhängigkeitserklärung und nach den zwei Kriegen – als die Menschen ihre Hoffnung aufgeben mussten, der Westen würde eingreifen –, ab diesem Moment war der Begriff Demokratie für viele Tschetschenen diskreditiert. Ja, mittlerweile klingt er, wie du gesagt hast, sehr zynisch.

Je mehr die freie Menschengemeinschaft Tschetschenien ignoriert hat, desto mehr haben sich die Menschen dem Religiösen zugewandt. Nun herrscht ein gewisser Nihilismus dem Begriff gegenüber. Demokratie ist – wie hast du so schön gesagt, Hakan – die erträgliche Form der Herrschaft. Und wenn man versucht, gerade mit jungen Tschetschenen und Tschetscheninnen darüber zu reden, dann kommen sehr starke Argumente. Nämlich wie sich die Regierungen der europäischen Länder gegenüber Tschetschenien verhalten, gegenüber Putin, gegenüber Syrien usw.

Die Politiker, die hier in Österreich, in Deutschland und in all diesen Ländern frei gewählt, demokratisch herrschend und regierend sind, unterscheiden sich im Grunde – wenn ich ehrlich bin – nur in der Rhetorik von Herrn Putin. Nur Herr Putin hat mehr Glück mit den Wählern, mit dem Volk. Sie unterscheiden sich vom Grad des Zynismus ganz, ganz wenig. Und die Kohle Syrien, die Kohle Tschetschenien, die Kohle Menschenrechte ziehen sie raus, wenn sie etwas verhandeln müssen. Und das sehen die jungen Menschen, die aus Tschetschenien hierhergekommen sind, auch. Deshalb ist es schwierig, ihnen Demokratie schmackhaft zu machen.

[Siehst du es als Teil deiner Arbeit, den Jugendlichen Demokratie schmackhaft zu machen?](#)

Eigentlich denke ich nicht wirklich darüber nach. Es gibt ja im Alltag so viel zu tun. Ich sehe mich daher nicht als jemand, die die den Jugendlichen Demokratie beibringt.

Wenn die Worte „Tschetschenien“, „tschetschenische Männer“, „tschetschenische Frauen“ – gerade hier in Österreich – fallen, ist das mit so vielen negativen Komponenten behaftet. Mit Vorurteilen, Stereotypen und Klischees. Das „schönste“ Kompliment, das mir jemand machen kann, ist, wenn jemand sagt: „Frau Kurbanova, Sie sehen aber nicht wie eine Tschetschenin aus.“ Stell dir vor, was die Frauen zu hören bekommen, die angeblich wie Tschetscheninnen aussehen? Was hören sie dann tagtäglich? Wir haben sowohl in der Community als auch in der Mehrheitsgesellschaft so viele Baustellen, so viel zu tun, dass ich gar nicht daran denke, ich wäre eine Demokratiebotschafterin für die tschetschenische Community.

[Zoraida, du engagierst dich seit Jahren in feministischen und antirassistischen Projekten. Deine Wurzeln sind in Venezuela. Einem Land, in dem seit Jänner ein Machtkampf zwischen Präsident Maduro und dem von der Nationalversammlung eingesetzten Übergangspräsidenten Guaidó herrscht und in dem die Menschen seither zu Tausenden auf die Straße gehen. Welche Möglichkeiten und Schwierigkeiten siehst du für dich in diesem Spannungsfeld zwischen deiner politischen Arbeit hier und in Venezuela?](#)

Zoraida Nieto: Ich habe als Kultur- und Sozialanthropologin seit 1997 mehrere Feldforschungen in Venezuela gemacht, die sich vor allem mit Frauen und Mädchen, mit politischer Bildung, Gesundheit, Erziehung etc. beschäftigten. Dabei ging es sehr stark um Frauenrechte, um Artikulationsformen und um präventive Maßnahmen bei Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Ich habe Kontakt mit venezolanischen Organisationen, die sich für diese Frauen einsetzen. Gerade jetzt werde ich aber immer mehr zu den politischen Zuständen in Venezuela befragt. Denn die Situation dort ist so instabil.

Mein Begriff von Demokratie steht für mich in einem hellenistischen Kontext.

Ich stelle den Begriff sehr in Frage, denn ich kann keine Demokratie im Patriarchat legitimieren. Tut mir leid, aber für mich müsste das Patriarchat gestürzt werden. Wir haben genug von der Männerherrschaft.

Frauen spielen in unserer Gesellschaft eine wesentliche Rolle, so wie auch Lesben und andere diskriminierte Gruppen. Der Ausschluss von Frauen macht für mich keinen Sinn. Ich kenne aus meinem Land viele Feministinnen oder Frauen mit feministischem Background, die nie auf einer Universität gewesen sind. Sie haben ebenfalls ein Problem mit dem Patriarchat. Und Rassismus und Sexismus gibt es nicht nur hier in Europa, sondern auch in Lateinamerika. Gerade jetzt ist die Situation unerträglich.

Obwohl es momentan in Venezuela alles gibt, kann man nichts kaufen. Die Inflation ist sehr hoch. Das ist ein Krieg mit einem institutionellen Charakter gegen die venezolanische Bevölkerung. Der Grund ist nicht nur der Präsident. Denn davor unter Hugo Chávez hatten wir eine „Demokratie“, die auch Menschenleben gekostet hat.

Ich bewundere hier in Österreich Frauen wie Johanna Dohnal oder Rosa Jochmann. Starke Frauen, die für die Politik unvergesslich geworden sind. Denn da muss man schon sehr widerständig sein. Aber in Österreich gibt es zumindest Artikulationsformen, die wir nutzen können, auch nach außen hin. Und diese Artikulationsformen weiß ich zu nutzen. Zum Beispiel zur Entwicklung für autonome feministische Projekte in der lateinamerikanischen Community. Ich denke mir, was Frauen und Mädchen anbelangt, gibt es auch hier in Österreich viel zu tun. Denn wir kämpfen nicht nur gegen Missstände in unseren Herkunftsländern, sondern auch hier.

[Stichwort: Kampf gegen Missstände hier und dort. Wie überlappen sich diese politischen Engagements bei euch?](#)

Kurbanova: Wie wir wissen, herrscht in Tschetschenien eine Diktatur. Ein Regime, das die Meinungsfreiheit und die Freiheit des Worts brutalst unterdrückt. Und natürlich stehen die Entwicklungen dort und die Entwicklungen hier in einer Wechselbeziehung.

Wie sich die Situation in Tschetschenien entwickelt, hat Auswirkungen darauf, wie sich die Tschetschenen hier verhalten. Und die Prozesse, die hier passieren, wirken natürlich – wenn auch nicht so stark und sofort – auch auf Tschetschenien. Heute ist es allerdings nicht mehr denkbar, wie noch vor zehn Jahren, dass die Community in der Lage wäre, tausende oder wenigstens hunderte Menschen auf die Straße zu bringen, um auf die Situation in Tschetschenien aufmerksam zu machen. Denn die Menschen leben nach dem Prinzip: „Die Aufgabe ist es, alles zu sagen, aber nicht in der Bastille zu landen“, wie es mein Journalismuslehrer in diesem diktatorischen Kontext formuliert hat. Und die Menschen leben wirklich danach. Sie versuchen, sich zu äußern und zu engagieren, aber so, dass ihre Verwandten in Tschetschenien – die sich quasi in einer Geiselrolle befinden – nicht festgenommen oder ihre Häuser niedergebrannt werden.

Was meine Arbeit hier angeht: Wir waren gerade letzte Woche mit einer Gruppe von tschetschenischen Jugendlichen in Auschwitz. Verbunden war damit auch ganz viel an Vor- und Nacharbeit. Wir haben die Jugendlichen natürlich auch mit ihrer eigenen Geschichte konfrontiert. Und nicht nur damit, was damals passiert ist, sondern auch wie sich Europa derzeit entwickelt. Denn gerade für diese vielfach stigmatisierte Community ist es wichtig, mit all diesen Fragen umzugehen. Denn es ist ja nicht so, dass Stigmatisierte automatisch nicht zu Tätern werden können. Gerade indem wir mit den jungen Menschen darüber sprechen, helfen wir ihnen auch, über ihre eigene Lage nachzudenken. Begriffe wie Demokratie und Menschenrechte, aber auch Toleranz und Integration – ein Wort, das viele ja nicht mehr hören können, weil es so was von missbraucht wird – zu diskutieren. Aber es sind dennoch wichtige Begriffe.

Gürses: Ich glaube, dass die verschiedenen Communitys, oder besser gesagt: die verschiedenen nationalstaatlichen Hintergründe, tatsächlich auch unterschiedlich sind. Es sind nicht alle Problemlagen gleich, obwohl es Überschneidungen gibt. So ist der Kampf für

Menschenrechte und Demokratisierung von Gesellschaften ein globaler Kampf – oder zumindest ein internationalistischer. Es gibt Konvergenzen, es gibt Interferenzen, allerdings gibt es auch sehr viele Differenzen.

Die Türkei hat ein sehr großes Minderheitenproblem bzw. die Minderheiten haben in der Türkei ein Problem. Das heißt, die Minderheiten müssen in der Türkei – ähnlich wie wahrscheinlich in Russland auch, oder noch schlimmer, denn es gibt dort keine Teilautonomien – mit sehr starken Repressalien rechnen. Allen voran die Kurdinnen und Kurden. Die meisten, die sich heute in Österreich in Form einer oppositionellen und kritischen Bewegung gegenüber der türkischen Regierung politisch engagieren, sind Kurdinnen und Kurden. Viele Türkinnen und Türken halten sich da sehr gerne zurück. Sie sind der Meinung, das sei nicht ihre Sache. Oder sie sind gegen die KurdInnen. Denn es ist eine Tatsache, dass unter anderem in der antirassistischen Bewegung hier in Österreich auch Leute aus der Türkei aktiv sind, die in meinen Augen durchaus islamistische Positionen vertreten. Die tatsächlich auch die Regierung in der Türkei unterstützen und die hier, wenn es um die eigenen Kämpfe geht, um die eigenen Menschenrechte, an vorderster Front stehen.

Es gibt also solche widersprüchlichen Momente. Damit meine ich, dass zwei unterschiedliche Menschenrechtsbewegungen einander widersprechen können. Darum gab es für mich in diesen vierzig Jahren, in denen ich hier lebe, keine einzige Zeit, in der ich nicht irgendwo tätig war, antirassistisch, antifaschistisch. Ein immer größeres Problem habe ich allerdings mit Teilen der antirassistischen Clique, aus der ich mich auch deswegen immer mehr zurückziehe.

[Eine abschließende Frage noch: Habt ihr das Gefühl, dass ihr so etwas wie eine politische Verantwortung habt, euch auch in euren Herkunftsländern zu engagieren?](#)

Kurbanova: Es ist heutzutage durch das Internet und die neuen Medien sehr schwierig geworden, sich abzukapseln. Auch wenn man

es wollen würde. Natürlich gibt es eine gewisse Verantwortung, auch wenn man keine große Bewegung organisieren kann, die auf die politische Lage in Russland und in Tschetschenien einwirken könnte. Aber man kann kleine Schritte setzen. Wie zum Beispiel junge Frauen in Tschetschenien dabei zu unterstützen, ihre eigenen Ressourcen besser einsetzen zu können. Dass sie, wenn es schon nicht im säkularen Bereich geht, so doch zumindest im Kontext des Islams gestärkt werden. Ja, es gibt wohl die Verantwortung, in kleinen Schritten etwas bewirken zu wollen.

Nieto: Ja, ich übernehme im Rahmen meiner politischen Arbeit Verantwortung für die Verbesserung der Lage der Frauen in Venezuela. Ich bin sehr gut vernetzt. Immer wenn ich nach Venezuela fahre, treffe ich mich mit Vertreterinnen von Frauenorganisationen. Ich habe dort keine geschlossenen Türen. Im Rahmen meiner Forschungstätigkeit konnte ich sowohl mit Menschen von der Opposition als auch mit jenen der politischen Führung kooperieren. Ich glaube, dass man so eine Situation sehr gut beleuchten kann, unabhängig von der Polarisierung, die im Land selbst sehr stark ist.

[Du meinst, dass man von außen eine andere Sicht hat und dadurch auch andere Möglichkeiten?](#)

Nieto: Genau, das können kleine Schritte sein, so wie du, Maynat, sie jetzt beschrieben hast. Denn man ist in einer privilegierten Position. Und so hat man mehr Ressourcen, um für Frauen- und Mädchenrechte und Menschenrechte eintreten zu können.

Gürses: Ich weiß nicht genau, was mich bewegt hat all die Jahre. Es ist natürlich so, dass ich damals an eine bessere Welt, an eine bessere Gesellschaft geglaubt habe. Diese Utopie habe ich heute nicht mehr. Es ist vielmehr so, dass ich mit der Gesellschaft, in der ich lebe, nicht einverstanden bin. Viele der Ungerechtigkeiten wurden ja bereits aufgezählt. Dennoch haben wir hier die Möglichkeit, unsere Meinung kundzutun, über Medien Wege zu finden, uns zu artikulieren. Hier gibt es aber andere Fallen, andere Tücken und dagegen kämpfen wir auch an.

Verantwortung ist für mich ein sehr starker, ein sehr ethischer Begriff. Warum mich das, was in der Türkei passiert, so stark interessiert – wobei mich diese Gesellschaft ja geradezu ausgespuckt hat, könnte man sagen, denn seit vierzig Jahren lebe ich quasi im selbstgewählten Exil –, ist, dass ich möchte, dass sich die Situation dort verbessert. Ich habe unlängst mit einem kurdischen Freund geredet, der zu mir gesagt hat: „Hakan, ich bin ein Kurde. Ich

lebe seit 45 Jahren in Österreich. Türkisch ist nicht meine Muttersprache. Ich weiß, dass es den Kurden in der Türkei schlecht geht. Ich weiß nicht, ob es jemals eine kurdische Autonomie geben wird. Trotzdem lese ich als Erstes in der Früh eine türkische Zeitung.“

Ich war in der Türkei ein Angehöriger der Mehrheit. Als ich nach Österreich gekommen bin, habe ich trotz meiner privilegierten Position – ich bin als Student gekommen, habe später in der ORF-Minderheitenredaktion gearbeitet, auf der Uni unterrichtet – gemerkt, was es bedeutet, ein Minderheitenangehöriger zu sein. Und man denkt – wie du, Maynat, es am Anfang so schön beschrieben hast –, wie muss es erst jenen ergangen sein, die als Minderheiten schon in ihren Herkunftsländern unterdrückt waren und dann hierhergekommen sind. Da hat bei mir ein Perspektivenwechsel stattgefunden. Und darum ist es mir ein Anliegen, für die Minderheitenrechte auch in der Türkei einzutreten.

Maynat Kurbanova, freie Journalistin und Autorin, ist Obfrau des Netzwerks tschetschenischer Mütter in Österreich.

Zoraida Nieto ist Kultur- und Sozialanthropologin, Medienkünstlerin (Radio und Print) und feministisch-politische Aktivistin.

Hakan Gürses hat in Wien Philosophie studiert und ist in der politischen Erwachsenenbildung tätig; er war 1993-2007 Chefredakteur der Stimme.

